

Niederschrift

über die 3. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Mittwoch, dem **16.02.2022**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 vom 19.01.2022**
- 4. Erlass einer Haushaltssatzung 2022
Vorlage: 049/2022**
- 5. Erlass einer 23. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen
Vorlage: 050/2022**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns als Ausschussvorsitzende
Ratsherr Reemt Borchers
Beigeordneter Nikolai Dumke
Ratsherr Torge Heinisch
Beigeordneter Matthias Lühns
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Ratsherr Frank Behrens Vertretung für Herrn Ratsherr Thomas Ney

Zuhörer/in

stellv. Bürgermeisterin Kirstin Pöppelmeier bis TOP 6 anwesend

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberrat Klaus Oltmann
Gemeindeamtsrat Jens Santjer
Verwaltungsfachangestellte Sandra Löschen als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Bruns, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. Einwohnerfragestunde

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 vom 19.01.2022**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Erlass einer Haushaltssatzung 2022** **Vorlage: 049/2022**

Anhand einer Präsentation (als Anlage beigefügt) erläuterte die Verwaltung die wesentlichen Änderungen im 3. Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2022.

Ergebnishaushalt:

Bei der Gewerbesteuer konnten 700.000,00 € an Mehrerträgen veranschlagt werden, so dass der Ansatz jetzt bei 4.500.000,00 € liegt.

Die Ansätze für die Grundsteuer B, die Anteile Einkommensteuer und die Vergnügungssteuer wurden geringfügig reduziert und an die IST-Werte 2021 angepasst.

Bei der Straßenunterhaltung wurde der Ansatz um 200.000,00 € auf 650.000,00 € erhöht. Für Beratungsleistungen bezüglich der Umsetzung des § 2b UStG wurden 14.000,00 € eingeplant.

Außerdem wurden Mittel für eine neue Stelle für die Seniorenarbeit eingeplant. Der Zinsaufwand für Darlehen und die Mittel für die Deckungsreserve wurden erhöht.

Somit wäre der Ergebnishaushalt ausgeglichen.

Finanzhaushalt:

Eine Hütte für die dezentrale Jugendarbeit soll nicht mehr errichtet werden, eingeplant waren 5.000,00 €.

Die Mittel für die Sanierung der DGA Cäciliengroden wurden nach 2023 verschoben (400.000,00 €).

Bei der Sanierung der Grundschule Cäciliengroden wurden noch weitere Mittel eingeplant (jetzt 110.000,00 €).

Der Ansatz für Kredite vom Kreditmarkt konnte in 2022 um 725.600,00 € auf 2.664.300,00 € reduziert werden.

Für Maßnahmen in der Grundschule Sande wurden in den Jahren 2022 und 2023 die Aufnahme eines Kredites aus der Kreisschulbaukasse eingeplant (jeweils 400.000,00 €).

Außerdem wurde die ordentliche Tilgung der Kredite vom Kreditmarkt angepasst.

Die Laufzeit eines Darlehens wird an die durchschnittliche Nutzungsdauer der Investitionen des Aufnahmejahres angepasst. Die sind für 2022 21 Jah-

re.Fehlbeträge aus Vorjahren sollten spätestens im 6. Folgejahr ausgeglichen werden, es sind aber auch noch 1.046.146,00 € an Fehlbeträgen aus 2012 vorhanden.

Auch wenn jetzt ein Haushaltsausgleich erreicht werden konnte, wird die Haushaltssituation auch zukünftig angespannt bleiben.

Die Gruppe Grüne/FDP/Linke schlug vor, die investiven Mittel für Spielplätze um 12.500,00 € auf 25.000,00 € zu erhöhen. Die Spielplätze sollten nicht nur instandgehalten, sondern auch aufgewertet werden.

Der Ansatz für die Erneuerung der Skateranlage wäre mit 130.000,00 € zu hoch, es sollten zunächst nur 100.000,00 € verfügbar sein, die zusätzlich eingeplanten 30.000,00 € sollten mit einem Sperrvermerk versehen werden. Diese dürften nur genutzt werden, wenn Zuschüsse in gleicher Höhe eingehen würden.

Die zusätzlich verfügbaren Erträge sollten für die ordentliche Tilgung von Darlehen genutzt werden und nicht für die Straßenunterhaltung.

Die Verwaltung erläuterte, dass für Spielplätze noch investive Mittel aus Vorjahren vorhanden wären. Außerdem schlug die Verwaltung vor, den Ansatz für die Zuschüsse für die Erneuerung der Skateranlage auf 60.000,00 € zu erhöhen statt einen Sperrvermerk anzubringen. Über die tatsächliche Umsetzung der Maßnahme würde noch ein Beschluss gefasst werden müssen.

Zunächst äußerte die SPD-Fraktion Kritik an der Verwaltung bezüglich der Vorlage eines unausgeglichenen Haushaltsentwurfs. Die Verwaltung sollte gleichzeitig Möglichkeiten aufzeigen, wo man z.B. Reduzierungen durchführen kann oder andere Optionen zum Ausgleich hat.

Die Verwaltung entgegnete, dass in einem Haushaltsentwurf erst einmal alle notwendigen Sachverhalte aufgenommen werden und dann anschließend eine Diskussion und Abstimmung darüber stattfinden müssten.

Die SPD-Fraktion sah zurzeit keine Notwendigkeit für die neue Stelle bei der Seniorenarbeit.

Für die Straßenunterhaltung sollte nur die Hälfte der zusätzlich verfügbaren Erträge, also 100.000,00 € verwendet werden, je 50.000,00 € sollten für die Sportanlagen in Cäciliengroden und Neustadtgödens verwendet werden.

Für die Spielplätze sollten nicht pauschal 12.500,00 € eingeplant werden, sondern konkrete Projekte geplant werden.

Für die Digitalisierungsstelle sollte ein Befristungsvermerk im Stellenplan angebracht werden.

Die Gruppe BfS/CDU konnte der Erhöhung des Ansatzes für die Spielplätze zustimmen. Auch die Verwendung der zusätzlichen Erträge für die Sportanlagen wäre sehr gut, ebenso wäre die Straßenunterhaltung wichtig.

Die Gruppe Grüne/FPD/Linke sprach sich noch dafür aus, die neue Stelle für die Seniorenarbeit unbedingt miteinzuplanen, damit auch eine Übergangszeit zur Einarbeitung gewährleistet wäre.

Die Sitzung wurde kurz unterbrochen, damit sich die Fraktionen und Gruppen miteinander beraten konnten.

Nach kurzer Pause einigte man sich wie folgt:

Von den 200.000,00 € zusätzlich verfügbaren Erträgen sollen 150.000,00 € für die Straßenunterhaltung genutzt werden.

50.000,00 € sollen entweder für die Sportanlage Neustadtgödens oder Cäcilienroden genutzt werden. Im nächsten Jahr sollen dann 50.000,00 € für die in diesem Jahr nicht berücksichtigte Sportanlage genutzt werden.

Die investiven Mittel für die Spielplätze sollen um 7.500,00 € auf 20.000,00 € erhöht werden.

Die neue Stelle für die Seniorenarbeit soll erst ab Oktober besetzt werden.

Hierüber wurde im Block abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Verwaltung ergänzte, dass in 2022 bereits 22.000,00 € zusätzliche Mittel für die Unterhaltung der Sportanlagen eingeplant sind.

Für die Digitalisierungsstelle soll ein Befristungsvermerk (kw-Vermerk) im Stellenplan angebracht werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Für die Erneuerung der Skateranlage sollen 130.000,00 € veranschlagt und entsprechend 60.000,00 € als Zuschuss veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Dem Haushaltsplanentwurf 2022 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der bisher beratenen Änderungen zugestimmt. Nach § 112 NKomVG beschließt der Rat den Erlasse der vorliegenden Haushaltssatzung 2022 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Erlass einer 23. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen**
Vorlage: 050/2022

Bei der Berechnung der nächsten Gebühr soll ein 3-Jahres-Kalkulationszeitraum (wie bei der Kanalbenutzungsgebühr) zu Grunde gelegt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt den Erlass der mit Schreiben vom 08.02.2022 vorgelegten 23. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Im Rahmen der Grundsteuerreform müssen Grundstückseigentümer gegenüber dem Finanzamt eine Erklärung abgeben. Auskunft hierzu erteilt das zuständige Finanzamt, dort wird der Grundsteuermessbetrag festgesetzt. Informationen z.B. zum Bodenrichtwert findet man auch im Internet.

Ende des öffentlichen Teils: 18:10 Uhr

Schluss der Sitzung: 18:24 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin